Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb cesi

E 5604

Der Vollzugsdienst

2/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Schäbigkeitswettbewerb der Beamtengehälter im Strafvollzug muss ein Ende haben

Kommentar von Anton Bachl, BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

BSBD Berlin: Das Justizvollzugspersonal fühlt sich alleingelassen

Gewalt hört hinter Gefängnismauern nicht auf

Seite 17

Einkommensrunde 2015: Nach zähen Verhandlungen Einigung erzielt

Übertragung auf Besoldung und Versorgung unverzichtbar

Seite 47

Mehrere Tausend Demonstranten, unter ihnen Hunderte Bedienstete aus dem NRW-Strafvollzug, bewegten sich durch die Düsseldorfer Altstadt

Foto: BSBD NRW

Baden-Württemberg

Mecklenburg-Vorpommern

Sachsen-Anhalt

Fachteil: Krankenversicherungsrecht der Rentner

INHALT

BUNDESVORSTAND

1 Der Schäbigkeitswettbewerb muss ein Ende haben

1 Tarifabschluss auf Landes- und Kommunalbeamte übertragen

2 Überflüssig und verfassungswidrig

4 Europarat verkennt Beamtenrecht

4 Datenschutz wird immer wichtiger

LANDESVERBÄNDE

5 Baden-Württemberg

17 Berlin

22 Brandenburg

24 Bremen

27 Hamburg

30 Hessen

37 Mecklenburg-Vorpommern

43 Niedersachsen

47 Nordrhein-Westfalen

61 Rheinland-Pfalz

66 Saarland

68 Sachsen

73 Sachsen-Anhalt

74 Schleswig-Holstein

77 Thüringen

FACHTEIL

83 Krankenversicherungsrecht der Rentner: Als Pflichtmitglieder unerwünscht

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 3/2015:
15. Mai 2015

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	**vollzugsdienst@t-online.de**

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwahs	Helmut.Halwahs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

BSBD solidarisch mit den BBW-Gewerkschaften:

BBW ruft zum Protest des Öffentlichen Dienstes in Stuttgart auf

Fast 2.500 Kolleginnen und Kollegen machten sich auf den Weg in die Landeshauptstadt

Die Gruppe des BSBD-Landesverbandes beim Warnstreik der Tarifbeschäftigten. *Fotos: BSBD-LV*

An der zentralen Protestveranstaltung am 11. März 2015, zu der der Beamtenbund Baden-Württemberg BBW seine zahlreichen Tarifbeschäftigten aufgerufen hatte, nahmen auch eine ganze Reihe von Beamtinnen und Beamte aus verschiedensten Fachrichtungen in ihrer Freizeit teil.

Wie immer: Solidarität macht stark! Kollege Bosch (OV Rottenburg), BSBD-Landesvorsitzender Schmid, BBW-Vorsitzender Stich, Kollege Rinklin (Landesvorstand) und DSTG-Bundesvorsitzenden Eigenthaler (von links).

Unser gemeinsames Ziel ist, eine faire und gerechte Bezahlung und Besoldung zu erstreiten, wodurch unsere Teilhabe am sozialen und ökonomischen Fortschritt gesichert werden soll.

Da es im Vorfeld vielfältige Signale der aktuellen **grün-roten** Landesregierung gegeben hat, die mit fester Absicht die Verschiebungen der Besoldungsanpassungen bis zum Jahr 2020 fortzuführen gedenkt, machten sich fast 2.500 Kolleginnen und Kollegen auf den Weg in die Landeshauptstadt Stuttgart, um ihrem Unmut gut hörbar Ausdruck zu verleihen.

Über die Schwierigkeit von Anstaltsschließungen

Zur Aufgabe der Außenstellen Crailsheim, Klein-Komburg und Sachsenheim

Die Schließung einer Vollzugseinrichtung ist immer ein einschneidendes Ereignis. Denn dies ist ja nicht nur eine – eventuell noch nachvollziehbare – Strukturmaßnahme in der Gesamtschau, sondern damit sind auch vielfältige Erinnerungen und Emotionen im Einzelnen verbunden. Deshalb sind die Folgen auch nur schwer und unvollständig kalkulierbar.

Wenn bei den nunmehr anstehenden Schließungen der Außenstellen Sachsenheim, Crailsheim und Klein Komburg insgesamt „nur“ etwa 70 bis 80 Gefangene und 46 Bedienstete betroffen sein dürften, so hat die Ankündigung vom 30. Januar 2015 zu den alsbald bevorstehenden Schließungen den **BSBD**-Landesvorstand doch völlig unerwartet getroffen und in der Folge zu einem regelrechten Ansturm von Anfragen geführt.

Der Landesvorstand sieht sich deshalb in der Pflicht, über diese Angelegenheit möglichst ausführlich und transparent zu informieren.

Unseren zunächst telefonisch vorgebrachten Einwendungen folgten ein Schriftwechsel zwischen Justizminister **Rainer Stickelberger** und **BSBD**-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und sodann ein gemeinsames Gespräch am 4. März 2015 in Stuttgart. Die beiden Schreiben und ein Gesprächsprotokoll sind im Anschluss abgedruckt; danach folgen einige Betrachtungen zu den aktuellen Maßnahmen und zu möglichen weiteren Entwicklungen.

Schreiben von Justizminister Stickelberger vom 4. Februar 2015

*Herrn Landesvorsitzenden des **BSBD***
Alexander Schmid

Aufgabe der Außenstellen Crailsheim, Klein Komburg und Sachsenheim

Sehr geehrter Herr Schmid,
hiermit möchte ich Sie über das Ergebnis

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ✆ 0800 - 77 88 000
NÜRNBERGER
Vermittelt: Jürgen Jäckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130/97572-30 · Fax 05130/97572-59 · E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

von Strukturüberlegungen unterrichten, bei denen wir uns auch die Frage nach der weiteren Zukunft der Außenstellen Crailsheim, Klein Komburg und Sachsenheim gestellt haben.

Aufgrund der derzeitigen Belegungssituation und der seit einigen Jahren rückläufigen Gefangenenzahlen besteht keine Notwendigkeit für den Weiterbetrieb der Außenstellen Crailsheim, Klein Komburg und Sachsenheim mehr. Die Außenstelle Crailsheim, deren Schließung nach dem Haftplatzentwicklungsprogramm Justizvollzug 2015 bereits im Jahr 2011 vorgesehen war, und die Außenstelle Sachsenheim beabsichtigen wir, zum 1. Mai 2015 zu schließen. Die in Crailsheim bewährte Konzeption wollen wir an einem anderen Standort fortführen. Die derzeit auf der Klein Komburg untergebrachten Gefangenen sollen bis zum 1. Mai 2015 in andere Vollzugseinrichtungen verlegt werden. Die Aufgabe der Außenstelle soll gegen Ende des zweiten Halbjahrs 2015 erfolgen.

Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diese Pläne informiert und werden gemeinsam mit ihnen und den Personalvertretungen nach sozialverträglichen Lösungen der Weiterbeschäftigung in einer der benachbarten Vollzugseinrichtungen suchen. Ich rechne auf Ihr Verständnis für diese notwendige Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen
Rainer Stickelberger MdL

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
www.bsbd-bw.de

Hier das Antwortschreiben des BSBD-Landesvorsitzenden:

Herrn Justizminister
Rainer Stickelberger MdL
Justizministerium Baden-Württemberg

Aufgabe der Außenstellen Crailsheim, Klein Komburg und Sachsenheim

Sehr geehrter Herr Minister,

mit Schreiben vom 4. Februar 2015 haben Sie mich über das Ergebnis Ihrer Strukturüberlegungen im Justizvollzug, also die unmittelbar bevorstehenden Schließungen der oben genannten Außenstellen informiert.

*Den **BSBD**-Landesverband Baden-Württemberg traf diese Entscheidung völlig unvorbereitet und überraschend.*

*Sie bringen in Ihrem Schreiben zum Ausdruck, dass Sie auf Verständnis des **BSBD** für diese notwendige Entscheidung hoffen.*

*Es ist mir und meinen Kolleginnen und Kollegen leider nicht möglich, Verständnis für eine Entscheidung aufzubringen, die uns nicht im Vorfeld offen dargestellt und transparent gemacht wurde. Wir meinen, es wäre unschädlich für das Justizministerium gewesen, bereits vor der endgültigen Bekanntgabe der Entscheidung mit der größten Interessenvertretung in der baden-württembergischen Justiz, dem **BSBD**, ein Gespräch zu führen. Der damit verbundene Dialog und die Möglichkeit, schon zu diesem frühen Zeitpunkt unsere Gedanken zu formulieren, die Beweggründe und Auslöser für die Entscheidung des Justizministeriums zu erfahren und damit eine mögliche Akzeptanz beim **BSBD** und somit auch bei seinen Mitgliedern in den Justizvollzugsanstalten des Landes zu wecken, wären unseres Erachtens notwendig und ein Zeichen der Wertschätzung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen gewesen. Gerade vor dem Hintergrund der noch in vielen Köpfen der Kolleginnen und Kollegen präsenten Ereignisse in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal im August 2014 hätten wir dem Justizvollzug gerne eine erneute Verunsicherung und Debatte erspart.*

Die Frage nach dem „Was kommt als Nächstes und wann wird es mich treffen?“ ist nicht auf die oben genannten Einrichtungen beschränkt, sondern treibt nun alle Kolleginnen und Kollegen landesweit um.

*Dass diese Verunsicherung weiterhin besteht und sich nun deutlich verstärkt, kann ich Ihnen versichern. Unzählige Telefonate und persönliche Gespräche, die wir seitens des **BSBD** und des Hauptpersonalrates der Justiz in den letzten Monaten führen mussten – und derzeit müssen, haben uns dies sehr eindringlich aufgezeigt.*

*Indessen halte ich es für die Kolleginnen und Kollegen als günstig und gut angebracht, dass Sie in Ihrem Schreiben klar zum Ausdruck bringen, dass Sie eine sozialverträgliche Lösung der Weiterbeschäftigung anstreben. Hierzu werden wir, sofern wir eingeladen werden, gerne als Interessensvertretung **BSBD** beitragen.*

Die kreativen und konstruktiven Lösungsansätze, die das Personalreferat der Abteilung IV im Zuge der Sozialplanungen rund um die mögliche Schließung der Außenstelle Ellwangen gefunden hatte, geben uns berechtigt die Hoffnung, dass auch für die nun betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine echte Zukunftsperspektive gefunden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Schmid
(Landesvorsitzender)

Spitzengespräch im Justizministerium am 4. März 2015

Hausspitze und der BSBD-Landesvorstand tauschen sich aus

Regelmäßig treffen sich die Spitzen des Justizministeriums mit der Verbandsspitze des BSBD Baden-Württemberg, um ihre Positionen auszutauschen und die aktuelle Lage im Justizvollzug sowie seiner Bediensteten in den Fokus zu stellen.

An der gemeinsamen Besprechung am 4. März 2015 in Stuttgart nahmen vom Justizministerium teil: Justizminister **Rainer Stickelberger**, Ministerialdirektorin **Inken Gallner**, Abteilungsleiter IV Ministerialdirigent **Martin Finckh** und der Leiter des Personalreferates Ministerialrat **Oliver Weik**. Der **BSBD**-Landesvorstand war vertreten durch den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** sowie seine beiden Stellvertreter **Georg Konrath** und **Michael Schwarz**.

Besondere Brisanz erlangte dieses Treffen durch das vorausgegangene Schreiben des Justizministeriums vom 4. Februar 2015 (s.o.), in dem Justizminister **Stickelberger** für den **BSBD** vollkommen unerwartet und überraschend die Schließung mehrerer kleinerer Vollzugseinrichtungen angekündigt und den **BSBD** damit vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Der Landesvorsitzende hatte auf dieses Schreiben ungewöhnlich heftig und enttäuscht reagiert und um dieses zeitnahe klärende Gespräch gebeten. *(Beide Schreiben sind auch auf der Homepage des **BSBD** unter „Aktuelles“ eingestellt.)*

In seinen Ausführungen machte der Landesvorsitzende anhand einer Schilderung der bisher sehr einvernehmlichen und kooperativen Zusammenarbeit zwischen Justizministerium und dem **BSBD**-Landesverband deutlich, dass er aus eben diesen Gründen nicht nachvollziehen könne, wenn nun – an der Interessenvertretung vorbei – einsam entschieden werde. Der **BSBD** sei sich bewusst, dass am Ende die politische Verantwortung und Entscheidung allein beim Justizministerium liege, aber es wäre, so der Landesvor-

sitzende **Schmid**, unschädlich gewesen, vorher vertraulich Hintergründe gemeinsam zu beleuchten. **Georg Konrath** wies ebenso wie **Michael Schwarz** nachdrücklich darauf hin, dass bei frühzeitiger Einbeziehung der spezifischen Sachkunde des **BSBD** auch Aspekte, die im Prüfprozess des Justizministeriums nicht zum Tragen kommen konnten, Eingang in die Erwägungen hätten finden können. Dies hätte somit zu einer günstigen „Win-Win-Situation" führen können. Der Landesvorsitzende machte sehr deutlich, dass es notwendig sei, die Zusammenarbeit zwischen Justizministerium und **BSBD** als „Verkehr in beide Richtungen und nicht als Einbahnstraße" zu gestalten. Seine Frage war daher „Herr Minister, wie gehen wir in Zukunft miteinander um?".

Justizminister **Stickelberger** erläuterte zunächst ausführlich die Gründe des Justizministeriums, die zu dieser Entscheidung geführt hatten. Der Rechnungshof habe mit einem Prüfbericht, der dem Justizministerium im Dezember 2014 zugegangen sei, dargestellt, dass aufgrund zurückgegangener Gefangenenzahlen Einsparungen gerade im Bereich „offener Vollzugseinrichtungen" angezeigt seien. Bis zu 400 Stellen seien auf der Forderungsliste des Rechnungshofes gestanden, so der Minister. Obwohl es dem Justizministerium bewusst sei, dass der Rechnungshof diese Betrachtungen fast nur aus dem Blickwinkel fiskalpolitischer Erwägungen vornehme, habe man sich den Forderungen nicht ganz verschließen wollen. Insoweit sei es dann zur Entscheidung gekommen, mehrere kleine Einrichtungen, die alle erheblichen Sanierungs- und Investitionsrückstand aufwiesen, in ein zeitnahes Schließungskonzept aufzunehmen. Es sei aber Position des Justizministeriums, dass es nicht zu personellen Konsequenzen in Form von Stellenabbau kommen könne. Insgesamt seien von den Umstrukturierungen mittelbar und unmittelbar 46 Beschäftigte betroffen, für die nun in zahlreichen Einzelgesprächen und in einem Interessenbekundungsverfahren bestmögliche sozialverträgliche Lösungen durch Ministerialrat **Weik** gesucht werden. Auf die konkrete Nachfrage des Landesvorsitzenden **Schmid** erklärte Minister **Stickelberger**, dass derzeit keine weiteren Maßnahmen geplant seien. Wichtig war es zu hören, dass das Justizministerium in den aufnehmenden Justizvollzugsanstalten durch die vorübergehende Entstehung von Personalüberhängen und Überhängen bei den Beförderungsstellen eine Benachteiligung des Stammpersonals weitestgehend verhindern will. Der **BSBD** wird die Entwicklungen mit kritischem, aber konstruktivem Interesse weiter verfolgen.

V. li.: Justizminister R. Stickelberger, Ministerialdirigent M. Finckh, Ministerialdirektorin I. Gallner, Ministerialrat O. Weik, BSBD-Landesvorsitzender A. Schmid, M. Schwarz und G. Konrath. *Foto: BSBD-LV*

Erfreulich war, dass der mögliche zweite Nachtragshaushalt 2015 auch deutliche Verbesserungen für den Justizvollzug mit sich bringen könnte. Das Forderungspapier des **BSBD** *(wir haben berichtet)* wird neben dem Ergebnisbericht der Expertenkommission, der im September 2015 vorliegen wird, die Basis für ein Gesamtpaket bilden, welches Verbesserungen in den verschiedensten Bereichen des Justizvollzugs mit sich bringen soll. Insbesondere auch die vollzugliche Basis (Vollzugsdienst, Werkdienst, Krankenpflegedienst und mittlere Verwaltungsdienste) wird hier neben den Fachdiensten (Psychologen, Ärzte, Psychiater, Sozialdienste) massiv profitieren können. „Es darf keine Hemmnisse geben, für den Bereich des Justizvollzuges nun das erforderliche Geld in die Hand zu nehmen. Ich sehe dies jetzt schon fast als letzte Chance der aktuellen Landesregierung, die Beschäftigten des Justizvollzuges davon zu überzeugen, dass diese Legislaturperiode für sie keine verlorene war", so **Alexander Schmid** in seiner abschließenden Bewertung.

In einem sehr **ausführlichen Schreiben** vom **6. März 2015** an den **BSBD**-Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden des HPR hat Justizminister **Stickelberger** nochmals **die Gründe dargelegt**, die zu seiner **Entscheidung über die Schließung der drei Außenstellen geführt haben.** Darin wird auch eindeutig klar, dass der Anstoß hierzu aus einer **strengen Kostenanalyse des Rechnungshofs** Baden-Württemberg kam.

Ebenso **ausführlich** sind die Gespräche der leitenden Mitarbeiter der Abteilung Justizvollzug **vor Ort** in den Außenstellen beschrieben, bei denen die **Interessensbekundungen der betroffenen Mitarbeiter/innen** aufgenommen und möglichst **sozialverträgliche personalorganisatorische Maßnahmen** eingeleitet worden sind. *Alexander Schmid/wok*

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker *Seit 1997*

Unser Versprechen: *„Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"*

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif- 0800-33 10 332

Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Nürnberger Lebensversicherung

Tel. 0800 - 10 12 555

(gebührenfrei)

www.beamtendarlehen1.de

Beamtendarlehen & Angestelltendarlehen

Beamte 30 Jahre – Laufzeit 20 Jahre

10.000.– € monatl. Rate ab 78,99 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,36 %
30.000.– € monatl. Rate ab 233,83 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,23 %
50.000.– € monatl. Rate ab 388,68 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,20 %

Kompetenz & Augenmaß für den Strafvollzug BSBD

Die schlichte Mathematik aus dem Rechnungshof

Außenstellen Sachsenheim und Klein-Homburg im „Haftentwicklungsprogramm 2015“ nicht erwähnt

Den BSBD-Landesvorstand traf es im beschaulichen Rottenburg bei seiner Sitzung am 30. Januar 2015: Die Nachricht war brandneu – und ebenso unerwartet wie völlig überraschend: Das Justizministerium hatte definitiv entschieden, die drei Außenstellen Sachsenheim (JVA Heimsheim), Crailsheim (Sozialtherapeutische Anstalt Hohenasperg) und Klein Komburg (JVA Schwäbisch Hall) – voraussichtlich zum 1. Mai 2015 – zu schließen.

Die Überraschung war auch deshalb so groß, weil im landesweiten Umstrukturierungs-Vorhaben auf der Basis des 2007 verfassten **„Haftplatzentwicklungsprogramms 2015“** die beiden Außenstellen **Sachsenheim** und **Klein Komburg** als „Schließobjekte“ überhaupt nicht erwähnt waren *(siehe untenstehende Übersichtsgrafik aus dem HEP 2015, hgg. 2007).*

Dieser Umstand traf ja auch auf die **Außenstelle Ellwangen** zu, deren Aufgabe bereits im letzten Jahr beschlossen wurde (s.u.). Allein die **Außenstelle Crailsheim** ist im Strukturprogramm 2015 genannt – und sollte bereits im Jahr 2011 geschlossen werden. Eines dürfte nun – auch aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Gefangenenzahlen – völlig sicher sein: Die „Schließungsszenarien“ im baden-württembergischen Justizvollzug werden auf der Grundlage des HEP 2015 ohne Ausnahme umgesetzt werden – und es ist zu befürchten, dass sie noch deutlich darüber hinausgehen – sollten die Maßgaben des Rechnungshofs Wirklichkeit werden. Denn wie dem **BSBD**-Landesvorsitzenden bekannt geworden ist, sollen die jetzt ad hoc verfügten Schließungen auf einem **„Prüfbericht des Rechnungshofs Baden-Württemberg“** fußen, der dem Justizministerium just zu Weihnachten 2014 zugegangen sei. *(Leider verfügt der **BSBD**-Vorstand nicht über diesen Prüfbericht, so dass weitere konkreten Empfehlungen und insbesondere rigide Sparauflagen des Rechnungshofs für den Justizvollzug nicht bekannt gemacht werden können.)*

Wie aus vorangegangenen Überprüfungen der Finanzwächter aus Karlsruhe aber immer wieder ersichtlich wurde, werden von dort regelmäßig nur quantitative und so gut wie nie qualitative Maßstäbe angelegt. Allerdings scheint nun die schlichte bisherige Mathematik: **„weniger Gefangene = weniger Bedienstete“** aufgegeben und durch die ebenso einfache Dreisatzrechnung: **„weniger Gefangene = Schließung von Vollzugseinrichtungen = (Personal-) Einsparungen“** ersetzt worden zu sein. Dass sich durch qualitative Veränderungen und Fortentwicklungen im Justizvollzug, insbesondere bei der Zusammensetzung und im Verhalten der Insassen, aber auch bei den Sicherheits- und Behandlungsmaßnahmen in den letzten Jahren ganz andere schwerwiegende und keineswegs günstige Dimensionen aufgetan haben, sollte auch der Rechnungshof nicht ignorieren. Es muss endlich auch mal klar werden, dass an den Justizvollzug nicht die Messlatte eines gewinnorientierten Produktionsbetriebs angelegt werden kann, denn seine gesetzlichen Aufgaben: hohe Sicherheit und Wiedereingliederung durch Behandlung sind nur zu einem sehr geringen Teil durch Technik, aber weit überwiegend nur mit gut ausgebildeten kompetentem Personal zu bewältigen – und dafür muss ausreichend Geld in die Hand genommen werden, selbst wenn es sich um ungeliebte ausgegrenzte Randständige der Gesellschaft – nämlich um Straftäter – handelt.

Hierzu hat der **BSBD** noch eine weitere Befürchtung: der mittlerweile unendliche **Suchlauf** *(s. auch Bericht a.a.O. in diesem Heft)* für einen längst auf höchster politischer Ebene beschlossenen JVA-Neubau im südwürttembergischen Raum erweckt langsam den Eindruck, dass diese Verzögerungen so manchem gar nicht ungelegen kommen, denn bei eventuell weiter sinkenden Gefangenenzahlen keimt wohl die Hoffnung, auf den Neubau ganz verzichten und trotzdem die weiteren Schließungen nach HEP 2015 vornehmen zu können. Dies hätte jedoch eine fatale Konsequenz: Wie die Erfahrungen aus zurückliegender Zeit ergeben haben, waren – auch kurzfristige – Prognosen zu Gefangenenzahlen stets unzuverlässig, ja geradezu falsch, weil die linearen Statistiken die Imponderabilien (globaler) gesellschaftlicher Entwicklungen und vor allem von Wanderungsbewegungen nicht involvieren konnten, weil's auch gar nicht geht! Zum anderen wäre der Verzicht auf einen Neubau auch deshalb falsch, weil es Baden-Württemberg immer noch nicht geschafft hat, allen Gefangenen in den Anstalten die gesetzlich vorgegebene **Einzelunterbringung** während der Ruhezeit

Haftentwicklungsprogramm „Justizvollzug 2015“
Geplante zeitliche Abwicklung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Offenburg – Neubau			■						
Offenburg – bestehende Anstalt schließen			■						
Offenburg-Kehl – schließen			■						
Ravensburg – Haftplatzerweiterungsprogramm II.1				■					
Stuttgart – Haftplatzerweiterungsprogramm II.1				■					
Heilbronn – Haftplatzerweiterungsprogramm II.1				■					
Adelsheim – Haftplatzerweiterungsprogramm II.2					■				
Mannheim – Haftplatzerweiterungsprogramm II.2					■				
Stuttgart – Erweiterung, Sanierung, evtl. Teilabbruch					■				
Crailsheim – Sozialth. Außenstelle schließen					■				
Heidelberg – schließen					■				
Rastatt – schließen					■				
Bühl – schließen					■				
Waldhut-Tiengen – schließen					■				
Ravensburg – Haftplatzerweiterungsprogramm III							■		
Heidenheim – schließen							■		
Rottweil – Neubau								■	
Rottweil – bestehenden Anstalt schließen								■	
Hechingen – schließen								■	
Oberndorf – schließen								■	
Villingen-Schwenningen – schließen								■	
Tübingen – schließen								■	

Die markierten Felder bezeichnen das geplante Fertigstellungs- bzw. Schließungsjahr.

anbieten zu können. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Stichtag 30.11.2013) zur Unterbringung von Gefangenen umfasst die Belegungsfähigkeit der Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg insgesamt 7.793 Plätze; davon befinden sich 4.815 in Einzelhafträumen und 2.978 in Gemeinschaftshafträumen. Sonach können rund 62 Prozent der Gefangen einzeln untergebracht werden, womit Baden-Württemberg im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz liegt. Selbst bei einer großzügigen Umwidmung der Gemeinschaftsplätze in Einzelhafträume würden bei einem gegenwärtigen Gefangenenstand von 7000 noch rund 500 bis 800 Einzelhaftplätze fehlen. Dabei ist die Einzelunterbringung gewiss kein Luxus, sondern sie ist allein schon für die Sicherheit von Bediensteten und Gefangenen, zur Gewaltprävention und für die individuelle Behandlung von eminenter Bedeutung.

Bereits geplante Erweiterungen „einstweilen zurückgestellt“

Trotzdem sind erste Überlegungen, auf Haftplatzerweiterungen im Rahmen des HEP 2015 zu verzichten, bereits angestellt und umgesetzt: Weil die sinkenden Gefangenenzahlen den Druck aus dem System nehmen, wurden geplante Erweiterungen durch den Bau von Hafthäusern in den Anstalten in Mannheim, Ravensburg und Adelsheim laut Ministerium „einstweilen zurückgestellt“. *(vgl. Südwest Presse vom 24.02.2015 s.u.)*

Auch über den Grund sinkender Gefangenenzahlen macht man sich Gedanken. So ist im gleichen Pressebericht zu lesen, dass „der deutliche Rückgang der Gefangenenzahlen von Experten auf den demographischen Wandel zurückgeführt wird. „In Haftanstalten sitzen überwiegend junge Männer ein“, sagt der Tübinger Kriminologieprofessor **Jörg Kinzig**. „Und davon gibt es einfach weniger.“ Mit der Alterung der Gesellschaft nehme die Kriminalität ab. „Das ist auch in vielen anderen europäischen Ländern zu beobachten“, sagt **Kinzig**. Selbst in den **USA**, wo die Gefangenenzahlen über Jahrzehnte explosionsartig anstiegen, ist seit kurzem der Trend rückläufig.

Die Landesregierung kann sich aber nicht darauf verlassen, dass es immer so weitergeht: Es habe in der Vergangenheit oft starke Schwankungen gegeben, die nicht durch die Bevölkerungsentwicklung erklärbar waren. Außerdem sei die „Inhaftiertenquote“ – also die Gefangenenzahl im Verhältnis zur Bevölkerung – in Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich derzeit sehr niedrig. Darauf, dass solche fast paradiesischen Zustände von Dauer sind, will man offenbar lieber nicht wetten.“ Zudem ist zu erwarten, dass aufgrund von Flüchtlingsbewegungen und durch gezielte Anwerbungen bereits jetzt und künftig vielfach junge Leute in unser Land einwandern werden, die herzlich willkommen sind, aber sicher nicht immer als „unproblematisch“ gelten können.

Gefängnisse werden leerer

Land kann Standorte schließen – Zahl der Gefangenen ist stetig gesunken

„Baufällig, unterbelegt, unrentabel: Viele kleine Gefängnisse im Land schließen, auch – und besonders – aus Spargründen. Zudem gibt es immer weniger Gefangene. Die Regierung will sich aber nicht darauf verlassen, dass das so bleibt.

Es war im Jahr 2007, als sich die damalige ***schwarz-gelbe*** *Landesregierung einen großen Umbruch in der Gefängnislandschaft vornahm.*

Viele kleine Standorte, deren Gebäude oft schon knapp 100 Jahre auf dem Buckel hatten, sollten schließen – und dafür zwei große, moderne Anstalten in Offenburg und bei Rottweil gebaut werden. ***„Haftplatzentwicklungsprogramm Justizvollzug 2015“*** *taufte die Regierung vor acht Jahren diese Vision.*

Doch etwas hat sich seit 2007 gravierend verändert: War das damalige Konzept noch von einer „seit Jahren angespannten Belegungssituation“ im Vollzug getrieben, kann davon heute kaum mehr die Rede sein. Die Zahl der Gefangenen ist stetig gesunken, die Gefängnisse werden leerer. So kann die Landesregierung Einrichtungen schließen, die eigentlich gar nicht auf der Streichliste standen:

Das Gefängnis in ***Ellwangen*** *(Ostalbkreis) zum Beispiel soll Ende des Jahres ganz aufgegeben werden.“*

(Auszug aus: **Südwest Presse** vom 24.02.2015, Ressort: Südwestumschau, *Autoren: Roland Müller und Tobias Würth.*)

***

„Dass die ***Außenstelle Crailsheim*** *der sozialtherapeutischen Anstalt des Landes mit Sitz auf dem Hohenasperg zugemacht wird, ist nichts Neues. Schon im Haftplatzentwicklungsprogramm aus dem Jahr 2007 steht, dass die Außenstelle in Crailsheim aufgelöst werden soll. Doch jetzt gibt es einen konkreten Termin. In einem Brief an den hiesigen Landtagsabgeordneten* ***Helmut W. Rüeck (CDU)*** *schreibt Justizminister* ***Rainer Stickelberger (SPD)****, dass die Außenstelle zum 1. Mai geschlossen wird. In Crailsheim mit 24 Haftplätzen sind seit 1982 drogenabhängige Jugendstrafgefangene untergebracht. Drogentherapie im Gefängnis: Dieses Crailsheimer Konzept ist einzigartig im Land und soll laut Justizminister* ***Stickelberger*** *in einer anderen Justizvollzugsanstalt* (Außenstelle Oberndorf der JVA Rottweil, Red.) *fortgeführt werden.*

Außenstelle Crailsheim.
Foto: Erwin Zoll/Hohenloher Tagblatt

In dem vierstufigen Crailsheimer Behandlungsmodell werden drogenabhängige Jugendstrafgefangene, die mit ihrem Leben nicht zurechtkommen und straffällig geworden sind, behandelt. Im Vordergrund stehen Einzel- und Gruppengespräche, es wird aber auch soziales Training und Sport angeboten und es gibt ein breit gefächertes Arbeitsangebot.“

(Auszug aus: **Hohenloher Tagblatt** in SWP-Online vom 14.02.2015, *Autor: Andreas Harthan*)

***

Geschlossen wird ebenso die ***Außenstelle Sachsenheim*** *der JVA Heimsheim. In den vergangenen Jahren sei die offene Anstalt in Sachsenheim-Hohenhaslach nicht ausgelastet gewesen. Von den 68 Haftplätzen im „Kelterle“ seien im Jahr 2012 im Schnitt 43 belegt gewesen, in den Jahren 2013 und 2014 im Schnitt nur noch 37.*

„Bei einer Personalversammlung am Montag (9. März) sind die insgesamt 18 Beschäftigten in Sachsenheim von ***Hubert Fluhr,*** *dem Leiter der JVA Heimsheim, informiert worden. In den kommenden Wochen werde man nach sozialverträglichen Lösungen für sie suchen.*

Das Aus der Einrichtung in Hohenhaslach kommt im Jubiläumsjahr. 1974

Außenstelle Sachsenheim.
Foto: Martin Kalb/Bietigheimer Zeitung

kaufte das Land Baden-Württemberg das Areal und richtete die offene Vollzugsanstalt ein. Am 1. April 1975 begann hier die Arbeit. Am 13. Mai wurden schließlich 13 ausgesuchte Strafgefangene aus dem ganzen Land auf dem Areal untergebracht. Im Jahr 2000, in dem ein Festakt zum 25-jährigen Bestehen abgehalten wurde, waren es im Lauf der Zeit 6000 Häftlinge gewesen, die das „Kelterle" von innen gesehen hatten. Vorwiegend sogenannte „alkoholauffällige Straßenverkehrstäter" kommen bis heute ins „Kelterle". Daher gibt es vor Ort ein entsprechendes Angebot mit Einzelberatungen zum Thema Alkohol, Vorbereitungen von ambulanten und stationären Therapien, Vermittlungen in Selbsthilfegruppen, Vorbereitungen für die medizinisch-psychologische Begutachtung zur Wiedererlangung des Führerscheins (in Kooperation mit dem TÜV Südwest), Schuldnerberatungen und mehr. JVA-Chef ***Fluhr*** *bedauert das Aus der offenen Einrichtung sehr, wie er sagt. „Sie hat sehr gut funktioniert, es war ein idealer Standort, bei dem es alle Angebote gebündelt gab."*

(Auszug aus: **Bietigheimer Zeitung** in SWP-Online vom 03.02.2015, *Autorin: Caroline Holowiecki*)

***

„Auch bei Schwäbisch Hall schließt eine Einrichtung: Die ***„landwirtschaftliche Außenstelle Klein Komburg"*** *– ein Bauernhof, auf dem Gefangene im offenen Vollzug leben und arbeiten – stellt zum 1. Mai den Betrieb ein. Das Justizministerium schließt nach mehr als 100 Jahren die JVA-Außenstelle aus Kostengründen. Mehr als 20 Gefangene werden in die Kapfenburg bei Aalen* (dann: Außenstelle der JVA Schw. Hall, Red.) *verlegt, sieben Vollzugsbeamte erhalten einen neuen Arbeitsplatz. Der Rechnungshof hatte angemahnt, dass die vielen Außenstellen zu teuer seien. Die 28 Plätze der Klein Komburg seien im Durchschnitt mit nur 22 Gefangenen belegt. Der Haller JVA-Leiter* ***Mathias Rössle*** *kann das nachvollziehen: „Ich bin nicht glücklich, dass es meine Komburg trifft, aber ich bin froh, dass das Personal erhalten bleibt." Die Zahl der Bediensteten in Hall sei sehr knapp bemessen. Die vier Beschäftigten im allgemeinen Vollzugsdienst und die drei Beschäftigten in der Landwirtschaft würden möglichst dort eingesetzt, wo sie es auch selbst wünschten. In Frage kämen die Hauptanstalt in Hall oder der landwirtschaftliche Betrieb auf der Kapfenburg."*

(Auszug aus: **Haller Tagblatt** vom 24.02.2015, Ressort: Schwäbisch Hall, *Autor: Tobias Würth*)

***

Dem **BSBD**-Landesvorstand ist zweifelsohne voll bewusst, dass der Justizvollzug keine sentimentale Nostalgieveranstaltung ist. Dennoch erlaubt er sich eine kleine Reminiszenz zu den Schließungen. Zum Zeitpunkt ihrer Einrichtung waren die Außenstelle Sachsenheim im Jahre 1975 und die Außenstelle Crailsheim im Jahre 1982 mit ihren innovativen Zweckbestimmungen im Land Baden-Württemberg und wohl auch im Bund einmalig. So fanden diese neuen Behandlungsansätze bundesweit Beachtung und Anerkennung.

Die **Außenstelle Sachsenheim** mit der Sonderzuständigkeit für „alkoholauffällige Straßenverkehrstäter" war eine der ersten offenen Einrichtungen ohne jede Sicherheitsvorkehrung im Inneren und nach außen, und zwar noch vor Inkrafttreten des StVollzG. Der auch damals nicht unumstrittene Standort war Anlass zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses mit Sachsenheimer Gemeinderäten sowie leitenden Mitarbeitern des Justizministeriums und der Hauptanstalt Pforzheim mit seiner Außenstelle. Die anfängliche Skepsis wurde zunehmend abgebaut durch die günstige Entwicklung aufgrund der guten Vollzugsarbeit, der disziplinierten Betreuung der Gefangenen und der Akquirierung von Freigänger-Arbeitsplätzen – auch in Betrieben der Gemeinde Sachsenheim. Die Außenstelle war alsbald wie ein Bestandteil der Gemeinde und sie vermochte wohl auch das Bild des Justizvollzugs allgemein günstig zu beeinflussen, also zu verbessern. Die Außenstelle Sachsenheim wird nunmehr Vollzugshistorie, die mehr als 30 Gefangenen sollen in heimatnahe offene Vollzugseinrichtungen im Land verlegt werden und die Bediensteten können voraussichtlich in der JVA Heimsheim – Jugendstrafanstalt Pforzheim oder in der JVA Heilbronn unterkommen.

Außenstelle Klein Komburg. *Foto: Ufuk Arslan/Haller Tagblatt*

Der **Außenstelle Crailsheim** wurde mit ihrem Konzept der „Behandlung drogenabhängiger Jugendstrafgefangenen" im Jahr 1982 mit viel mehr Skepsis, ja mit Widerstand beäugt, da man allgemein davon ausging, dass „Drogentherapie in Unfreiheit" gar nicht möglich sei. Dennoch konnte durch den zielgenauen Einsatz von Pädagogen, Psychologen/innen, Sozialarbeitern/innen und fortgebildeten Mitarbeitern des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie des Werkdienstes diese Therapiemaßnahme sich etablieren und zu einem festen Bestandteil der wirksamen Angebote für Jugendstrafgefangene werden. Dabei wurde auch das „Crailsheimer Behandlungsmodell" (s.o.) fortentwickelt und es orientierte sich immer wieder an neuen Erkenntnissen. Auch die Außenstelle Crailsheim wird nun bald zur Vollzugsgeschichte werden. Das bewährte Therapiekonzept wird indessen in der Außenstelle Oberndorf der JVA Rottweil mit günstigeren baulichen Voraussetzung fortgeführt. Die 22 Bediensteten der Außenstelle werden voraussichtlich ihren Dienst in der JVA Schwäbisch Hall und der JVA Adelsheim sowie im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg und in der Sozialtherapeutischen Anstalt fortsetzen. Ein weiterer Teil der Mitarbeiter/innen wird in justizvollzugsexterne Einrichtungen wechseln.

Die **Klein Komburg** war wie alle anderen landwirtschaftlichen Außenstellen im baden-württembergischen Justizvollzug stets gut geeignet für den gelockerten Arbeitseinsatz und die Betreuung von jungen, oftmals schwierigen und einfachen Gefangenen, die nicht selten auch Drogenerfahrung hatten. Gerade landwirtschaftliche Arbeit und die Versorgung von Tieren erforderte Zeitdisziplin, Tagesstrukturierung und verantwortliches Handeln, was die Gefangenen bislang kaum gelernt hatten und deshalb in anderen freien Arbeitsbereichen regelmäßig gescheitert waren. Da im Umkreis von Schwäbisch Hall weitere landwirtschaftliche Vollzugseinrichtungen durch die Außenstelle Hohrainhof (JVA Heilbronn) und die Außenstelle Kapfenburg (künftig: JVA Schwäbisch Hall) bestehen, können auch in Zukunft junge Gefangene in dieser besonderen Vollzugsform eingesetzt und behandelt werden. Die sieben Bediensteten der Außenstelle Klein Komburg werden wunschgemäß zur Hauptanstalt Schwäbisch Hall und zur Außenstelle Kapfenburg versetzt werden.

Dem **BSBD**-Landesvorstand ist völlig klar, **dass mit diesen Maßnahmen die Überlegungen zur Strukturerneuerung und Strukturertüchtigung des Justizvollzugs in Baden-Württemberg nach dem HEP 2015 und dessen noch ausstehender Fortschreibung noch nicht beendet sein werden.** Zunächst gehen wir aber davon aus, dass für dieses umfassende Strukturprogramm nunmehr über die **Standortfrage für den Neubau** einer JVA im südwürttembergischen Bereich **endgültig entschieden wird**. *wok*

Vollzugsfragen 1-2-3 ungelöst

- JVA-Standortsuche
- Islamisten im Gefängnis
- Gewalt gegen Bedienstete und Schmerzensgeld

Die unendliche Geschichte der südwürttembergischen Standortsuche

Wir haben schon vielfach zu dieser Frage berichtet. Nun scheint sich eine reelle Konzentration auf vier (oder 5?) Standorte in Rottweil oder in Meßstetten anzubahnen. Der Standort in Tuningen ist wegen Ablehnung durch Bürgerentscheid außen vor und der Standort Weigheim als Ortsteil von Villingen-Schwenningen ist offenbar ungeeignet.

In einer Pressemitteilung des Justizministers vom 30. Januar 2015 ist nun zu lesen: ***„Die aktuellen geologischen und liegenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, dass die Standortvorschläge Esch, Hochwald und Bitzwäldle bei Rottweil sowie das Gelände der ehemaligen Zollernalb-Kaserne bei Meßstetten grundsätzlich für die Ansiedelung einer Justizvollzugsanstalt in Betracht kommen“,*** erklärten Justizminister **Stickelberger** und Finanz- und Wirtschaftsminister **Schmid** am Freitag in Stuttgart.

Die weiteren Standortvorschläge Weigheim bei Villingen-Schwenningen und Stallberg bei Rottweil scheiden dagegen aus dem Suchlaufverfahren aus. Die geologischen Verhältnisse an diesen Standorten sowie der Grundstückszuschnitt bei Weigheim lassen den Bau einer Justizvollzugsanstalt dort nicht zu.“

Allerdings haben sich einige Politiker doch wieder an den Stallberg erinnert, der zu Beginn des Jahrtausends als favorisierter Standort galt – bis Probebohrungen im Jahr 2008 eine problematische Gipsschicht im potentiellen Bauuntergrund ergaben, die die Stabilität des Gefängnisses beeinträchtigen könnte.

***

Jetzt titelte der **Gränzbote** vom 13.02.2015 *(Autor: sz/sbo)*: ***„JVA: Grüne wollen den Stallberg. Partei appelliert an Landesregierung und begründet Entscheidung mit Bürgerwillen.“***

Und am selben Tag schrieb der **Schwarzwälder Bote**: ***„Stallberg-Brief kommt daher wie die alte Fasnet.“***

Es bleibt also kurios und man könnte ruhig zuwarten, wenn sich nicht die Neigung zu Meßstetten offenbar verfestigen würde.

Hierzu ein weiterer Titel aus: **zollernalbkurier.de** vom 09.02.2015 *(Autor: Klaus Irion)*: ***„Dreifaches Ja zu Meßstetten – Landtagsabgeordnete und Bitzwald-BI*** (Bürgerinitiative, Red.) ***für Gefängnis in ehemaliger Kaserne. – Nein zum Bitzwald, Ja zu Meßstetten:*** *Die Landtagsabgeordneten Hans-Martin Haller (SPD) und Günther-Martin Pauli (CDU) haben sich nach der jüngsten Gefängnis-Standort-Vorauswahl eindeutig positioniert.“*

***

Hinzu kommt nach einem dem **BSBD** zugegangenen Gerücht, dass – wie Ende 2010 beim „Bitzwäldle“ – die Spitze der Landesregierung eine wie auch immer geartete emotionsgesteuerte Zusage zum Standort Meßstetten gegeben haben soll – sozusagen als Konversionsleistung für die Bundeswehrkasernen.

Zu all dem bezieht auch der BSBD-Landesvorstand deutlich Position: Der Standort Meßstetten ist aus unserer Sicht völlig ungeeignet:

- Er befindet sich nicht im ursprünglich vom Finanz- und Justizministerium klar festgelegten südwürttembergischen Standortgebiet für den Suchlauf.
- Meßstetten erfüllt verkehrstechnisch keinerlei Voraussetzungen für den Betrieb einer JVA: ein Autobahnanschluss ist über 40 km weit entfernt, eine Bahnstation fehlt. Dadurch werden Gefangenentransporte und Sachzulieferungen unverhältnismäßig kompliziert, langwierig und teuer.
- Hinsichtlich der weiteren Strukturmaßnahmen im Justizvollzug ergäben sich bei Meßstetten nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten für die dort tätigen Bediensteten. Nach einer Inbetriebnahme einer JVA Meßstetten würden gemäß HEP 2015 die Hauptanstalt Rottweil mit ihren Außenstellen Hechingen, Oberndorf und Villingen-Schwenningen sowie die JVA Waldshut-Tiengen und evtl. die Außenstelle Tübingen der JVA Rottenburg geschlossen werden. Dadurch müssten alle Kolleginnen und Kollegen aus ihren ursprünglichen Anstalten entsprechend „umgesetzt“ werden, um ihren Dienst in Meßstetten ausüben zu können. Schon ein Blick auf die Landkarte – oder in „Google-Maps“ – zeigt, dass die Entfernungen – mit welchem Verkehrsmittel auch immer – für den alltäglichen Diensteinsatz und besonders für Schichtdienst Leistende unüberbrückbar sind und nicht zu bewältigen sein werden.

Zollernalb-Kasernen Meßstetten. *Foto: Ministerium f. Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.*

Der BSBD spricht sich deshalb eindeutig und nachdrücklich für einen Standort in bzw. bei Rottweil aus. Neben der guten Verkehrsanbindung zählen hier vor allem die seit langem gewachsenen, belastbaren und nachhaltigen Strukturen im Bereich der Justiz, die sich für die Vollzugsbediensteten bestmöglich sozialverträglich auswirken können. **Diese Struktur in Rottweil ist geprägt als ein bedeutender südwürttembergischer Justizstandort mit einem Landgericht und einer Staatsanwaltschaft – dahin gehört auch ein Gefängnis!** *wok*

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
3,47% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Islamisten im Vollzug: WAS TUN?

Mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen islamistische Straftäter

Es sind erst einige da, aber es werden noch mehr kommen: Islamisten, Salafisten und Dschihadisten in die Gefängnisse der Länder. Es macht aber keinerlei Sinn, schon im Vorfeld Horrorszenarien aufzumachen, wie dies mancher Eindruck erwecken könnte.

Nach einer Reportage in ***„tagesschau.de“*** *(Autor Volker Siefert, HR)* vom ***16.01.2015*** laufen *„derzeit bundesweit mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen islamistische Straftäter - Tendenz steigend.*

Auch mit Blick auf die Anschläge in Paris wächst die Sorge, dass Gefängnisse zu Brutstätten für den Terror werden. Darauf vorbereitet ist der deutsche Strafvollzug bisher nicht.

Laut Generalbundesanwalt laufen derzeit bundesweit mindestens 300 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßlich islamistisch motivierte Straftäter. Hinzu kommen noch zahlreiche Ermittlungen gegen die mindestens 550 Dschihadisten aus Deutschland wegen ihrer Kampfeinsätze für den Islamischen Staat (IS). Geplante Anti-Terrorgesetze dürfte die Zahl der Verfahren noch weiter nach oben treiben.“

enheimkehrer und das Phänomen der Salafisten sind die Justizvollzugsanstalten allerdings in besonderer Weise betroffen. Denn in der Haft treffen ideologisierte Dschihadisten häufiger auf eine anfällige Klientel.“ Die beste Lösung könne aber nicht in einer generellen Isolierung entsprechender Islamisten oder in deren Zusammenlegung abgesondert von anderen Gefangenen liegen. „Gerade hier ist Resozialisierung gefragt, das muss auch hier oberstes Ziel sein – die barbarische demokratiefeindliche Ideologie auch bei deren Anhängern konsequent zu bekämpfen“, so Bayerns Justizminister abschließend.

Die Ministerialdirektorin des baden-württembergischen Justizministeriums **Inken Gallner** *sprach von einem „regelrechten Drahtseilakt“, den der Justizvollzug zu bewältigen habe. „Einerseits müssen wir eine Radikalisierung unter Gefangenen zuverlässig erkennen und wirkungsvoll unterbinden. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht den Fehler begehen, alle Gefangenen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht zu stellen“, sagte die Ministerialdirektorin. Der gemeinsame fachliche Austausch sei*

„Salafisten“ bei einer Veranstaltung in Frankfurt a.M. *Foto: FAZ-online*

Mit dieser recht dramatischen Sichtweise im Hintergrund haben die Justizministerien von Bayern und Baden-Württemberg eine gemeinsame Tagung ausgerichtet und erste Eckpunkte zur Bewältigung dieser Problematik gesetzt – hierzu ein Auszug aus der gemeinsamen Pressemitteilung vom 2. März 2015: *„Der bayerische Justizminister* ***Prof. Winfried Bausback*** *betont, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus nicht nur die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden angehe, sondern vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. „Mit Blick auf die sogenannten Syri-*

wichtig, um die bestehenden Instrumentarien weiterentwickeln und sinnvoll ergänzen zu können.“

Auch der **BSBD-Landesvorsitzende** kam in dieser Angelegenheit zu Wort, und zwar in der ***Badischen Zeitung Freiburg*** vom ***09.02.2015*** *(Autorin: Annemarie Rösch)* Titel: **„Gespräche statt Isolation“ „Deutsche Gefängnisse brauchen Deradikalisierungsprogramme“**

„Zurzeit sitzen in Baden-Württemberg neun Männer wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung in Haft. Allerdings unterscheidet das Ministerium nicht danach, wer wegen islamistischer, links- oder rechtsextremistischer Straftaten einsitzt. Wie viele Islamisten darunter sind, bleibt also unklar.

„Bei uns gibt es noch kein Krisenszenario“, bestätigt Gewerkschafter ***Alexander Schmid,*** *Landesvorsitzender des* ***Bundes der Strafvollzugsbediensteten*** *die Einschätzung des Justizministeriums. Gleichwohl plädiert er dafür, für die Zukunft vorzusorgen. Immerhin sind nach Einschätzung der Behörden zurzeit rund 600 Islamisten aus Deutschland nach Syrien ausgereist, um in den Reihen des IS zu kämpfen. „Wenn die zurückkehren, müssen wir davon ausgehen, dass auch etliche hier bei uns im Gefängnis landen.“ Er plädiert dafür, sich besser auf diese Situation vorzubereiten.*

„Wir brauchen mehr Personal und spezielle Schulungen über den Islamismus“, sagt ***Schmid****.“ Ein Vergleich mit der Unterbringung von RAF-Terroristen in den 1970er und 80er Jahren ist indessen untauglich. Personen und Umstände sind völlig anders und auch das vollzugsinterne Umfeld und die Strukturen haben sich erheblich geändert. Eines sollte aber klar sein: eine Unterbringung von Islamisten in gesonderten abgeschotteten Abteilungen oder gar in eigenen Anstalten sollte auf jeden Fall vermieden werden. Hier gingen die permanente gegenseitige Radikalisierung und ideologische Bestätigung über jedes Maß hinaus. Bereits in der Gefängnisforschung der 1960er Jahre konnte gezeigt werden, dass bei der Bildung allzu homogener Gefangenengruppen eine „Gemeinschaft im Negativen – im Bösen“ entsteht (Horst Schüler-Springorum). Und man müsste sich auch die Frage stellen, welche Kollegen oder Kolleginnen in einer solchen „islamistischen“ Sondereinrichtung arbeiten sollen. Gleichwohl muss bei gemeinschaftlicher Unterbringung der Beeinflussung und möglichen Ansteckung von eventuell anfälligen (muslimischen) Mitgefangenen hohe Achtsamkeit gewidmet werden. Dies wäre wohl am ehesten möglich bei überschaubaren Insassengruppen mit ständig zugeteiltem Personal.*

Und hier hat der **BSBD** auch Grund zum kritischen Anknüpfen: Nur einen Monat nach den grausamen Ereignissen bei dem Satiremagazin **„Charlie Hebdo“** und einem koscheren Supermarkt in Paris erschien in den ***Badischen Neuesten Nachrichten*** vom ***05.02.2015*** *(Autor: Nico Pointner)* folgender Artikel: *„**131 Stellen zur Terror-Abwehr – Die grün-rote Landesregierung wappnet sich.** – Zur Abwehr islamistischen Terrors stockt die Landesregierung die Sicherheitsbehörden im Südwesten auf. Die Polizei soll um 105 Stellen und der Verfassungsschutz um 15 Stellen verstärkt werden, wie Ministerpräsident* ***Winfried Kretschmann***

(Grüne) *in Stuttgart mitteilte. In der Justiz würden elf neue Posten geschaffen* (für Staatsanwaltschaften und Gerichte, Red.).... *Das ‚Antiterror-Paket' kostet das Land laut Innenministerium 27 Millionen Euro."*

Der BSBD fragt sich verwundert: Und wir im Vollzug? Wir werden am längsten mit diesen gefährlichen unberechenbaren Insassen und mit ihrer verblendeten menschenverachtenden Ideologie zu tun haben, nämlich tagtäglich und rund um die Uhr und womöglich über viele Jahre hinweg. Allein für die strukturelle und persönliche Stabilität brauchen wir mehr Leute! Der BSBD hätte vom Justizministerium erwartet, dass auch hier Bedarf angemeldet und nachdrücklich durchgesetzt wird.

Letzte Meldung aus: ***STUTTGARTER ZEITUNG.DE*** vom ***12.03,2014*** – *(Autor: Reiner Ruf)* – ***„Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) legt eine neues Sicherheitspakt vor. Lange geplante Stellenstreichungen werden zurückgenommen, Ausbildungskapazitäten erhöht."*** – *„Nach dem kürzlich vorgestellten Antiterrorpaket gegen die islamistische Bedrohung schnürt Baden-Württembergs Innenminister ein weiteres Sicherheitspaket... zur Bekämpfung der (ausufernden) Einbruchskriminalität. Um möglichst schnell die Ermittlungskapazitäten der Polizei zu erhöhen, sollen im anstehenden Nachtragshaushalt 1,6 Millionen Euro für die Entlohnung von Überstunden veranschlagt werden. Die Überstunden werden dann nicht mit Freizeit abgegolten, sondern mit Geld. ...Für die Schlagkraft der Polizei langfristig wichtiger aber ist eine zweite Entscheidung: 226 Stellen des Polizeivollzugsdienstes, die nach der langfristigen Planung des Innenministeriums entfallen wären, werden dauerhaft in den Stellenplan der Polizei übernommen. Die entsprechenden „kw-Vermerke" („kann wegfallen") werden gestrichen. Schließlich erhöht das Innenministerium vorübergehend die Ausbildungskapazitäten der Polizei. Derzeit stellt das Land pro Jahr 750 bis 800 Polizeianwärter ein. In den Jahren 2017 und 2018 sollen jedoch insgesamt 2800 Jungpolizisten zu vier Einstellungsterminen ihre Ausbildung aufnehmen."*

Wenn dadurch die Ermittlungserfolge und die Aufklärungsquoten wieder steil ansteigen, was der **BSBD** der Polizei uneingeschränkt wünscht, wird es alsbald auch wieder deutlich mehr Untersuchungs- und Strafgefangene in den Landesgefängnissen geben. Deshalb wünscht der **BSBD** gleichermaßen, dass auch entsprechend Mittel zur Personalverstärkung im Justizvollzug in die Regierungshand genommen werden. *wok*

Schadensersatz durch staatliche Vorleistung

dbb fordert Schutzmaßnahmen gegen Attacken und Beleidigungen

Gewalt gegen Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst war eines der zentralen Themen bei der ***dbb Jahrestagung in Köln vom 11. bis 13. Januar 2015.*** *Dabei ging es vor vielen hochkarätigen Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Verbänden nicht nur um gewalttätige Übergriffe, Widerstandshandlungen und Beleidigungen gegenüber von Polizeibeamten (und Justizvollzugsbediensteten), sondern ebenso um andere Mitarbeiter/innen in Ämtern und Einrichtungen (s.u.).*

dbb-Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt.
Foto: dbb

In seinem Hauptvortrag hat der ***dbb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt*** *u.a. ausgeführt: „Staatsdiener klagen über Anfeindungen und Gewalt. Die Aggression gegen Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes nimmt zu. Der Beamtenbund fordert konkrete Schutzmaßnahmen gegen Attacken und Beleidigungen.*

Polizisten und viele andere Staatsbedienstete müssen stets mit Übergriffen rechnen. Die Zunahme von Aggression ist ein gesellschaftliches Phänomen. Doch immer häufiger entlädt sie sich gegen staatliche Institutionen und Bedienstete. „Die Bedrohung gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist präsent und virulent", sagte der Beamtenbund-Vorsitzende.

„Zunehmend geraten Mitarbeiter der Jobcenter in den Blickpunkt: Zuletzt erlag Anfang Dezember ein 61-jähriger Beschäftigter in Rothenburg ob der Tauber nach einem Messerangriff seinen Verletzungen. Auch Gerichtsvollzieher oder Sachbearbeiter im Finanzamt, die Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Zugbegleiter in S-Bahnen, Mitarbeiter der Ordnungsämter und Führerscheinstellen sowie Angehörige des Medizinischen Dienstes bei Feststellung der Pflegestufe – sie alle können von Ausbrüchen unzufriedener Menschen berichten. In einer Untersuchung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in NRW ist von einer „fast als alltäglich empfundenen Beleidigungskultur" die Rede. Die Wildwest-Methoden sind vielfältig: Die Bandbreite reiche von der Beschimpfung am Schalter oder Telefon bis zu Rüpeleien und körperlichen Attacken."

Und abschließend heißt es in dem langen Artikel: „Generell riskant ist auch die Arbeit im Gefängnis: Am 20. August 2014 kam es in der Jugendhaftanstalt Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis) zu einer Massenschlägerei von Häftlingen. Von 16 Beamten, die schlichten wollten, sind sechs nun dienstunfähig. In einer Übersicht für die CDU-Landtagsfraktion hat das baden-württembergische Justizministerium im Herbst 123 schwere Vorfälle binnen zehn Jahren aufgelistet. Demnach waren die Justizvollzugsbeamten im Südwesten im Vorjahr an die 15-mal Leidtragende massiver Attacken."

(Auszug aus: ***STUTTGARTER ZEITUNG*** *vom* ***13. Januar 2015****, Autor: Matthias Schiermeyer)*

***

Der bayerische Innenminister ***Joachim Herrmann (CSU)*** *hat mehr Schutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor psychischer und physischer Gewalt gefordert. „Der Rechtsstaat muss die schützen, die uns schützen – das gilt für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes", sagte er am 12. Januar 2015 bei der* **dbb Jahrestagung** *in Köln.*

Wenige Tage später – am 16. Januar 2015 – erschien im **STAATSANZEIGER**

Innenminister Herrmann (CSU).
Foto: Bayrisches Staatsministerium

für *Baden-Württemberg* *ein von Redakteur für Politik & Verwaltung* ***Michael Schwarz*** *verfasster Artikel mit dem Titel:* ***„Gewalt gegen Beamte – Beim Schmerzensgeld geht Bayern in Vorleistung“***

Darin wird ausgeführt, dass Baden-Württemberg trotz der Gewährleistung eines hohen Schutzes für seine Beamten in einem Punkt hinter Bayern zurückbleibt: „Beim Schmerzensgeld muss der Beamte im Südwesten darauf hoffen, dass der Täter zahlungsfähig ist. Der Freistaat geht in Vorleistung.“

Auch im Justizvollzug haben Respektlosigkeit, verbale und tätliche Angriffe auf Bedienstete beiderlei Geschlechts stetig zugenommen. Dabei erleben wir es immer wieder, dass auf Forderungen nach Schadensersatz und nach Schmerzensgeld, ja selbst auf Meldungen oder auf Strafanzeigen verzichtet wird, weil dies – mangels Masse beim Verursacher – ohnehin erfolglos erscheint oder auch Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt werden (§154 StPO: Abwägung der zu erwartenden Strafe gegenüber der bereits verhängten Strafe(n) oder Maßregel(n).

BSBD: Bayern ist ein nachahmenswertes Beisspiel

Der **BSBD** meint, dass hier das Land dem nachahmenswerten Beispiel des Nachbarstaates folgen müsste. Deshalb hat der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** umgehend Kontakt mit dem Polizeibeamten **Ralf Kusterer** aufgenommen, der zugleich auch Erster stv. Vorsitzender des **DPolG**-Landesverbandes und Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Innenministerium ist.

Hierzu hat **Alexander Schmid** geschrieben: *„Gerade bei uns im Vollzug ist es ja meist so, dass nichts zu holen ist. Du erstreitest Dir einen Titel und hast doch nichts davon – das ist frustrierend. So werden Kollegen zum zweiten Mal zum Opfer. Mein Gedanke war, ob wir da nicht gemeinsam aktiv werden könnten und eine gemeinsame diesbezügliche Initiative beim zuständigen Innenministerium starten sollten?*

Dieser Vorschlag wurde von **Ralf Kusterer** sofort und gerne aufgegriffen und zwischenzeitlich hat auch der ehemalige Staatssekretär **Ingo Rust** zugesagt, die Frage der Vorleistung durch das Land bei Schmerzensgeldfällen dem Innenminister und Justizminister von Baden-Württemberg vorzutragen. *wok*

5. und 6. März 2015:

Personalräte des BSBD-Landesverbandes trafen sich in Hößlinsülz

Informationen und kollegialer Austausch auf höchstem Niveau

Es ist schon gute Tradition, dass der BSBD seit vielen Jahren seine Personalräte zu einer Jahrestagung versammelt und dabei einerseits Raum für Informationen auf höchstem Niveau und andererseits beste Gelegenheit für den so wichtigen kollegialen Austausch bietet.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es dem **BSBD** auch wichtig, diese Fachtagung an einem inspirierenden Ort – gerne auch in landschaftlich reizvoller Kulisse – durchzuführen. Diesen Rahmen bot das Landhotel Roger in Hößlinsülz schon zum wiederholten Mal. So konnte der Vorsitzende des Hauptpersonalrates und erste stellv. Landesvorsitzende des **BSBD** – **Georg Konrath** – nicht nur fast 40 Personalräte aus allen Justizvollzugsanstalten des Landes, sondern auch hochkarätige Referenten begrüßen, so den Personalreferenten der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium – Ministerialrat **Oliver Weik** – und die stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Rechtspfleger und Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates – **Monika Haas** – sowie den Landesvorsitzenden des **BSBD** – **Alexander Schmid**.

Schon **„Tag Eins“** hatte es wahrlich in sich. Nachdem **Georg Konrath** die Anwesenden begrüßt hatte, ging es ohne Umschweife direkt weiter mit den Ausführungen zu **„BSBD in Politik und Medien“** durch **Alexander Schmid**. Der Landesvorsitzende führte aus, wo seines Erachtens derzeit die Großbaustellen aus Sicht der Beschäftigten des Justizvollzuges liegen und wie der **BSBD** versucht, hier zu Lösungen zu kommen. Dabei stellte er eindrücklich dar, in welch großem Umfang der **BSBD** mittlerweile in den Fraktionen des Landtages und in den Medien als die **„Stimme der Beschäftigten“** gesehen wird. Besonderen Wert legte Alexander Schmid auf die Feststellung, dass es nun gelte, der Politik deutlich zu machen, dass endlich „geliefert“ werden müsse. Das Forderungspapier des **BSBD** aus dem Spätherbst 2014 sei auf gutem Weg, neben den Forderungen, die sich aus der Arbeit der Expertenkommission ergeben werden, eine wesentliche Grundlage für den zweiten Nachtragshaushalt 2015 zu werden. „Was dabei am Ende für die Kolleginnen und Kollegen an längst überfälligen Verbesserungen rauskommt, daran werden wir die Politik auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 2016 messen.“ so **Schmid** wörtlich.

Die Personalräte/innen der JVAs mit Ministerialrat Weik, HPR-Vorsitzenden Konrath und dem BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid. *Foto: BSBD LV-BW*

Der Nachmittag gehörte dem Personalreferenten der Abteilung IV. Ministerialrat **Weik,** der traditionell bei diesen

Fachtagungen des **BSBD** anwesend ist und die Kolleginnen und Kollegen über alle derzeit relevanten Themen des Justizvollzuges im Lande informiert.

So waren seine Themen: die Schließung von Einrichtungen, die Ausschreibungsverfahren für Anwärter/innen des VD, Dienstpostenbewertung, Belegungssituation, Mehrarbeit, Fehlzeiten, Gesundheitsmanagement, Mitarbeiterbefragung, Dienstunfallfürsorge, Aus- und Fortbildung, Laufbahn- und Beurteilungsrecht sowie Baumaßnahmen.

Ein umfangreicher Katalog, der die Personalräte in seinen Bann zog und die Stunden wie im Fluge vergehen ließ. Den Abschluss bildete eine Gesprächs- und Diskussionsrunde mit Ministerialrat **Weik**.

„Tag Zwei“ war der Tag des **Themas Hauptpersonalrat.** Der Vorsitzende des HPR **Georg Konrath** stellte in seinen Ausführungen sehr anschaulich dar, welche überragende Bedeutung für die Stellung des Justizvollzuges die erfolgreiche Arbeit im Hauptpersonalrat hat.

Daher sei es sehr erfreulich, dass mit **Georg Konrath** und **Alexander Schmid** nun auch **Michael Schwarz** in den Hauptpersonalrat der Justiz gewählt worden sei. **Michael Schwarz** sei als stellvertretender Landesvorsitzender eine Bereicherung und gleichzeitig auch eine deutliche Entlastung.

Das Motto **„Gemeinsam geht es besser“** gilt eben auch für die Lobbyarbeit im Hauptpersonalrat. Besonders wichtig war es **Georg Konrath**, der zu seiner Unterstützung die Leiterin der Geschäftsstelle des Hauptpersonalrates – **Ute Eble** – mit einladen konnte, auch auf die Fragen und Anliegen der vielen neugewählten Personalräte/innen einzugehen. „Wir werden Sie, wo immer Sie dies wünschen, unterstützen“, so **Georg Konrath**.

Den spannenden Abschluss der Tagung bildeten die kompakt vorgetragenen Ausführungen von **Monika Haas** zum Thema **„Wo finde ich was, Hilfe zur Selbsthilfe bei der Recherche“.** Ihr Ziel war es, den Kollegen/innen anhand von Praxisbeispielen nahe zu bringen, wie und auf welche Weise sie in den vorhandenen juristischen Datenbanken und sonstigen justiziellen Informationsquellen Fragen, die an die Personalräte heran getragen werden, selbst klären können. Ihr dazu überreichtes Handout wird mit Sicherheit eine wertvolle Hilfe für die Kollegen/innen sein.

Mit dem Versprechen, sich im nächsten Jahr wieder unter dem Dach des **BSBD** zu treffen, entließ **Georg Konrath** zusammen mit **Alexander Schmid** die Kolleginnen und Kollegen in ein sonniges Wochenende. *asm/wok*

Erste Zusammenkunft der neugewählten BSBD-Personalräte

Regionalkonferenz Nordbaden am 3. Dezember 2014 in der JVA Adelsheim

Teilnehmer: JVA Adelsheim: Kolleginnen Muratore und Späth (zeitweise) Kollegen Frei, Jurak, Steinam und Mechler. – JVA Heimsheim: Kollegen Prange und Braun. – JVA Karlsruhe: Kollege Rapold. JVA Pforzheim: Kollegen Lehrer und Raschke-Braun. – JVA Bruchsal: entschuldigt. – BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid bis 12:30 Uhr.

Am 3. Dezember 2014 trafen sich erstmals die neugewählten Personalräte des **BSBD** zur Regionalkonferenz Nordbaden in der JVA Adelsheim und wurden dort um 9:00 Uhr vom Vorsitzenden des örtlichen Personalrats aus Adelsheim – **Koll. Mechler** – begrüßt. Danach wurden die Teilnehmer durch Herrn **Dr. Blanke** von der Anstaltsleitung willkommen geheißen. Er stellte kurz das Profil der Jugendstrafanstalt Adelsheim vor und er wurde auch mit durchaus kritischen Fragen der Anwesenden konfrontiert. Im Anschluss ging er noch etwas an den anstehenden Diskussionsbedarf ein.

Die Teilnehmer der PR-Regionalkonferenz Nordbaden mit dem Landesvorsitzenden Alexander Schmid (re.) *Foto: BSBD-LV*

Nach der Vorstellungsrunde der einzelnen Teilnehmer berichtete der Landesvorsitzende **Schmid** in seinem Vortrag über folgende aktuellen **Verbandsthemen**:

- die Wahlen 2014 zum Hauptpersonalrat (HPR);
- eine PR-Schulung des **BSBD** am 05. und 06.03.2015;
- den Orientierungsrahmen und das Stundungsmodell;
- den neu gestalteten Verbandskalender 2015, wobei dieser durch die Anwesenden als sehr gelungen bezeichnet wurde.
- Er gab eine Reihe von Beispielen zu seinen Terminen auf allen verbands- und personalpolitischen Ebenen.
- Er wies auf die Premiummitgliedschaft mit dem Seniorenverband öffentlicher Dienst BW und auf das BBW-Magazin sowie
- auf die Mitarbeiterbefragung zu Gesundheitsangelegenheiten im Justizvollzug hin.
- Er ging auf das Positions- und Forderungspapier des **BSBD** ein und er teilte die darauf ergangenen Reaktionen aus der Politik mit.
- Auch informierte er über die Expertenkommission.
- Letztendlich wurde auf die Vorkommnisse in der JVA Bruchsal und der JVA Adelsheim eingegangen, was verständlicherweise einen sehr großen Zeitblock in Anspruch nahm.

Danach wurden Anfragen an den Landesvorsitzenden gestellt bzgl. des Rechtsschutzes durch den **BSBD**, hier insbesondere zu den regelgerechten Abläufen und den gelegentlich auftretenden Schwierigkeiten. Hierzu und auch bei anderen Problemanzeigen bot **Alexander Schmid** jegliche Hilfestellung durch den Verband an. Nach dem anschließenden Gruppenbild musste sich der Landesvorsitzende verabschieden, da er noch zwei weitere Termine anstehen hatte.

Sodann wurde nach dem gemeinsamen Mittagessen eine kleine Anstaltsführung durchgeführt, bei der insbesondere von den Veränderungen innerhalb der Anstalt seit der Massenschlägerei während des Hofgangs berichtet wurde.

Brennpunkte angesprochen

Danach wurden Brennpunkte aus den einzelnen Anstalten angesprochen – wie zum Beispiel: zunehmende Vergehen von Gefangenen, und dass sich in den Vollzugsanstalten Vorkommnisse mehren, wobei diese zum Teil gar nicht mehr gemeldet werden. Es wurde berichtet, dass trotz Unterbesetzung in einer JVA Überstunden angemahnt werden.

Darüber hinaus wurde auf das Wiedereingliederungsmanagement über die Anstaltsleitung hingewiesen und über die Probleme bei der Anerkennung von Dienstunfällen diskutiert.

BSBD-Ortsverband Offenburg:

Boris Rexter im Amt des Vorsitzenden bestätigt

Entprivatisierung der JVA Offenburg ist nun endlich über die Bühne gegangen

Am Abend des 26. November 2014 traf sich der BSBD-Ortsverband Offenburg zu seiner Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Feldschlössle in Offenburg.

Nachdem der Vorsitzende **Boris Rexter** die anwesenden Mitglieder, Pensionäre und Gäste begrüßt hatte, wurde ein Imagefilm des **BSBD**-Bundesverbandes gezeigt; dieser Film war in der JVA Brandenburg gedreht worden. Im Anschluss an diese Vorführung übergab **Boris Rexter** das Wort an die Vertreter der **BGV**-Versicherung, welche die Gelegenheit gerne angenommen hatten, sich als Kooperationspartner des **BSBD** zu präsentieren. Nach den kurzen Ausführungen der **BGV** ergriff wieder der OV-Vorsitzende das Wort und legte seinen Tätigkeitsbericht vor. Im vergangenen Jahr sei viel passiert innerhalb der JVA Offenburg.

So sei die **Entprivatisierung** nun endlich über die Bühne gegangen. Bedauerlicherweise habe diese aber nicht zu den erhofften Entlastungen im Personalbereich geführt, da die Sollstärke voraussichtlich erst 2016 erreicht sein wird. Auch die Einführung der echten 41-Stunden Woche führte nicht dazu, dass dem Personal mehr freie Tage gewährt werden konnten, da – wie oben beschrieben – immer noch nicht alle Stellen besetzt sind.

Bei den **Personalratswahlen** innerhalb der JVA Offenburg wurde ein Personalrat gewählt, der ausschließlich aus Mitgliedern des **BSBD**-OV Offenburg besteht. Ferner gratulierte der OV-Vorsitzende dem **BSBD**-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** zu dem mehr als guten Ergebnis bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat (HPR).

In Planung für das Jahr 2015 seien wieder eine verbandspolitische Bildungsfahrt sowie ein Kegelabend, so **Boris Rexter**.

Alexander Schmid informierte ausführlich über die HPR-Wahl 2014; die Vorkommnisse in der JVA Bruchsal und JVA Adelsheim; das Stundungsmodell für die Stelleneinsparungen bei der Justiz, sowie dem Positionspapier des **BSBD**. Hierzu verwies er auch auf die Berichterstattung an anderer Stelle.

Boris Rexter. *Foto: BZ*

Der Bericht des Kassierers bot keine Überraschungen. Finanziell sei der OV Offenburg gut aufgestellt. Vor den Neuwahlen wurden die langjährigen Vorstandsmitglieder **Brunhilde Ringwald** und **Jürgen Schillinger** mit einem kleinen Präsent aus dem Vorstand verabschiedet. Leider konnte der langjährige stellvertretende Vorsitzende **Josef Fink** aus gesundheitlichen Gründen in diesem Kreise nicht verabschiedet werden. Dies wird aber nach seiner Genesung entsprechend nachgeholt werden, bemerkte der Vorsitzende **Boris Rexter.** Alle drei Kollegen verzichteten auf eine erneute Kandidatur. *Stephan Bloß*

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Boris Rexter	1. Vorsitzender
Markus Hörmann	Stv. Vorsitzender
Michael Huber	Kassierer
Hassan Essaouidi	Schriftführer
Stephan Bloß	Beisitzer Fachgruppe AVD
Michael Doll	Beisitzer Fachgruppe Mittlerer Verwaltungsdienst
Barbara Bloß	Beisitzerin Fachgruppe Weibliche Bedienstete
Stephan Sturm	Beisitzer Fachgruppe Krankenpflegedienst
Wolfgang Schmied	Beisitzer Fachgruppe Angestellte
Heiko Oberle	Beisitzer Fachgruppe Gehobener Dienst
Harald Fritz	Beisitzer Fachgruppe Werkdienst
Alexander Nalepa	Beisitzer Fachgruppe Junge Bedienstete
Wolfgang Kadelbach	Beisitzer Fachgruppe Sozialdienst
Rene Cuadra-Braatz	Beisitzer Fachgruppe Psychologischer Dienst
Bernd Kiefer u. Volker Kersting	Kassenprüfer

Hardy Wolf folgt auf Hans Karl im Amt des Vorsitzenden

BSBD-Ortsverband Stuttgart tagte am 11. März 2015 in der JVA Stuttgart

Zur Jahreshauptversammlung 2015 wurde neben den Mitgliedern des Ortsverbandes auch der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid eingeladen.

Hans Karl (li.) und Hardy Wolf. *Fotos: R. Bittner*

Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes und des Kassiers erfolgte die Entlastung dieser Gremien. Ein besonderer Dank galt dabei **Hans Karl** für seine langjährige Leitung des Ortsverbandes. **Hans Karl** stellte sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl. Für die Wahl zu seinem Nachfolger stellte sich der seitherige Kassier **Hardy Wolf** zur Verfügung, der auch einstimmig zum neuen Vorsitzenden des OV bestätigt wurde. **Hans Karl** erhielt einen Gutschein für ein Candle-Light-Dinner als Dankeschön für seine Tätigkeit.

Als neue Stellvertreter des Vorsitzenden wurden jeweils einstimmig als erster Vertreter **Thomas Bentele** und als zweiter Vertreter **Michael Rieser** gewählt. Zum Nachfolger von **Hardy Wolf** im Amt des Kassiers wurde ebenso einstimmig **Stefan Huber** gewählt. Im Anschluss an die Wahlen und Bestellung der Fachgruppenvertreter berichtete der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** über die Arbeit des Landesverbandes und gab aktuelle Informationen rund um den Justizvollzug in Baden-Württemberg. *Rainer Bittner*

Alexander Schmid (3. v. li.) mit altem und neuem OV-Vorstand sowie einem der beiden Stellvertreter.